

GENERALVERSAMMLUNG VOM 11. MAI 2021 PROTOKOLL



Ort: Video-Konferenz
Anwesend: 124 Mitglieder
Sitzungsleitung: Simon Meyer und Selma L'Orange Seigo
Protokoll: Benjamin Krähenmann

1. Begrüssung

Simon Meyer begrüsst die Anwesenden.

2. Traktanden

Die Traktandenliste wird ohne Ergänzungen genehmigt.

3. Protokoll der Mitgliederversammlung vom 28. Januar 2021

Das Protokoll wird ohne Änderungen genehmigt und verdankt.

4. Mitteilungen

• Partei & Vorstand

Im Februar und Frühling 2022 finden die Gemeindewahlen statt. Wir suchen viele motivierte Grüne Kandidierende. Meldet euch bei eurer Orts- oder Bezirkspartei, falls ihr Interesse an einer Kandidatur habt. Die Kantonalpartei organisiert hierzu auch verschiedene Veranstaltungen. Die Volksinitiative für eine faire Finanzierung der Corona-Hilfen wurde lanciert.

• Kantonsratsfraktion (Selma L'Orange Seigo)

Das Energiegesetz wurde im Kantonsrat verabschiedet, nur die SVP war dagegen. Der Hauseigentümerverband wird wahrscheinlich das Referendum dagegen ergreifen. Das Spitalplanungs- und Finanzierungsgesetz (SPFG) wird im Kantonsrat behandelt. Es gibt neu einen Lohndeckel für Chefärzt*innen, dank dem Fehlanreize verhindert werden sollen. Unsere Forderung eines Fixlohns von max. 750'000 Franken/Jahr wird kaum eine Mehrheit finden, der Lohndeckel wird somit voraussichtlich 1 Million Franken/Jahr betragen. Die EKZ sollen endlich auch erneuerbare Energien im Inland fördern. Momentan sind die Rüchspeisetarife der EKZ für Private zu tief. Im Mai gibt es im Kantonsrat eine Debatte zur Kinderbetreuung, analog zur letztjährigen Klimadebatte. Die Legislatur-Halbzeit ist erreicht. Die Klima-Allianz, bestehend aus Grünen, AL, SP, EVP und GLP, funktioniert in ökologischen Fragen gut.

• Nationalratsfraktion (Bastien Girod)

Die Zuckerrüben-Subvention erhielt leider eine Mehrheit. Die revidierte DNA-Profil-Gesetz war umstritten. Eine Mehrheit des Nationalrats hat sich nun dafür ausgesprochen, die DNA-Phänotypisierung zu erlauben. Der Paradigmenwechsel bei der Organspende ist positiv zu bewerten. Neu gilt die Widerspruchslösung: Wer keine Organe spenden möchte, muss dies explizit festhalten. Ausserdem können Familienangehörige ein Veto einlegen. Bezüglich Rahmenabkommen mit der EU ist der Bundesrat nicht an einer sozialen Umsetzung interessiert. Die PI Girod für die Förderung erneuerbarer Energien schliesst eine Lücke, damit die Förderung 2022 nicht gesamtschweizerisch abgestellt wird. Sie wird dieses Jahr im Rat behandelt. Nach den Abstimmungen vom 13. Juni planen wir ein weiteres Vorstosspaket.

- Junge Grüne (Diana Diaz)

Die Jungen Grünen haben neue Vertreter*innen in verschiedene städtische, kantonale und nationale Gremien gewählt. Am Samstag, 8. Mai haben die Jungen Grünen am Polit-Parcours von tsüri.ch teilgenommen. Zu den beiden Agrar-Initiativen plant die AG Ernährung und Foodwaste Aktionen. Zum Gleichstellungstag wird es ebenfalls eine Aktion geben.

5. Nachwahlen Parteigremien

Wahlen Geschäftsleitung

Edith Häusler (Kantonsrätin, Bezirk Horgen) wird per Akklamation in die Geschäftsleitung gewählt.

Wahlen Vorstand

Michelle Tschopp (Junge Grüne) Eberhard Walther (Bezirk Dielsdorf) und Markus Karner (Stadt Zürich) werden per Akklamation in den Vorstand gewählt.

6. Jahresbericht & Jahresrechnung 2020

Der Jahresbericht wurde im Vorfeld der MV bereitgestellt. Zur Jahresrechnung: Im Vergleich zum Vorjahr gab es Mehreinnahmen aus Mitgliederbeiträgen und Behördenabgaben. Die Lohnkosten haben aufgrund der Schaffung einer neuen Stelle und Stellenaufstockungen zugenommen. Die Revisor*innen haben die Rechnung abgenommen und stellen den Antrag zur Abnahme der Jahresrechnung. Der Jahresbericht und die Jahresrechnung werden abgenommen.

7. Abstimmungsvorlagen vom 13. Juni 2021

Kantonale Vorlagen

- Volksinitiative «Mehr Geld für Familien» (Nora Bussmann)

In der kantonalen Verfassung soll festgelegt werden, dass im Kanton Zürich die Kinder- und Ausbildungszulagen 150% der bundesrechtlich festgelegten Mindestansätze betragen. Damit würden die Beiträge von 200 auf 300 (Kinderzulagen) respektive von 250 auf 375 Franken (Ausbildungszulagen) steigen. Der Regierungsrat und die Mehrheit des Kantonsrats haben die Initiative abgelehnt. Die Caritas steht der Initiative aufgrund des Giesskannenprinzips kritisch gegenüber. Wir würden eine bedarfsgerechte Finanzierung ebenfalls bevorzugen. Kinder- bzw. Familienarmut ist aber ein Problem, von daher trifft die Initiative ein wichtiges Thema. Der Kanton Zürich ist das Schlusslicht im interkantonalen Vergleich, trotz der hohen Lebenshaltungskosten und als wirtschaftsstärkster Kanton. Darum sprechen wir uns für die Initiative aus.

- Volksinitiative «Raus aus der Prämienfalle» (Nora Bussmann)

Bei einer Annahme würde sich nicht allzu viel verändern. Es wird gefordert, dass der Kanton Zürich gleich viel an die Prämienverbilligung zahlt wie der Bund. Momentan zahlt er nur 92% des Prämienbeitrags des Bundes. Wir unterstützen die Initiative.

- Kantonales Geldspielgesetz (Jasmin Pokerschnig)

2018 wurde das Bundesgesetz über Geldspiele angenommen, sodass Geldspielautomaten wieder in den Beizen aufgestellt werden könnten. Demokratiepoltisch ist das kantonale Geldspielgesetz fragwürdig. Die Zürcher Bevölkerung hat sich in den 1990er-Jahren schon drei Mal gegen Geldspielautomaten ausgesprochen. Aus Sicht der Prävention ist es höchst problematisch, wenn ausserhalb der Casinos solche Automaten stehen. Darum sprechen wir uns gegen das Gesetz aus. Bei einer Ablehnung des Gesetzes wird ein neues, verbessertes Gesetz ausgearbeitet, unter Berücksichtigung der Forderung, dass ausserhalb von Casinos keine Geschicklichkeitsautomaten aufgestellt werden sollen.

Nationale Vorlagen

- Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung» und VI «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» (Edith Häusler)

Mit der *Trinkwasserinitiative* (TWI) wird gefordert, dass nur noch diejenigen Produzenten, die Gesundheit und Umwelt nicht gefährden, Direktzahlungen erhalten. Das Thema ist dringlich und die Initiative ein nötiges Signal. Die Initiative ist massvoll, sie orientiert sich an den Zielen der Bundesverfassung, des Umweltgesetzes und internationaler Abmachungen. Indirekt geht es bei der TWI auch um die Klimaziele: Die viel zu hohen Tierbestände sind ein Problem, sie führen zu Ammoniak- und Stickstoffüberschüssen. Die eigenen Klimaziele werden vom Bundesrat nicht ernstgenommen. Klima, Landwirtschaft und Ernährung werden nicht zusammengedacht. Auf dem Weg für eine nachhaltige Landwirtschaft räumt die TWI einen ersten Stein aus dem Weg.

In der Schweiz werden jährlich 2'000 Tonnen Pestizide ausgetragen. Das ist zu viel. Die *Pestizid-Initiative* fordert das Verbot gesundheits- und umweltschädlicher, chemisch-synthetischer Pflanzenschutzmittel. Biologische Pflanzenschutzmittel bleiben erlaubt. Es soll ausserdem mehr Geld für die Forschung zu robusten, widerstandsfähigen Sorten zur Verfügung gestellt werden. Die beiden Initiativen sind für uns Grüne sehr wichtig. Sie sind überfällig und zeigen den Weg in die richtige Richtung!

- Terrorgesetz (Marionna Schlatter)

Ziel des Gesetzes ist die Verhinderung von Terroranschlägen durch Eingreifen der Polizei vor einer effektiven Tat. Bereits heute gibt es jedoch gesetzliche Grundlagen für polizeiliche Eingriffe bei einem konkreten Verdacht. Die Unschuldsvermutung, der Rechtsstaat und die Kinderrechte würden mit dem neuen Gesetz ausgehebelt. Terrorismus wurde bis anhin immer in Verbindung mit einer gewalttätigen Aktivität gebracht. Die Definition des Begriffs Gefährder*in ist aber sehr vage: Wer ein*e Gefährder*in ist oder wird, bleibt unklar.

- CO₂-Gesetz (Bastien Girod)

Die Unterschiede zwischen 1.5 und 2°C Erwärmung sind immens: Extreme Hitzeperioden nähmen drastisch zu, der pflanzliche Artenverlust würde sich verdoppeln. Die Dringlichkeit ist also gross. Wenn wir jetzt nichts machen, bürden wir zukünftigen Generationen zu viel auf. Dank der Rückverteilung der CO₂-Abgabe pro Kopf ist das vorliegende Gesetz das sozialste im weltweiten Vergleich. Die Schweiz kann zudem aufzeigen, dass Wohlstand und Klimaschutz einhergehen können. Wir können eine zukunftsfähige Wirtschaft aufbauen; mit intelligenten, innovativen und sozialen Massnahmen, die das Klima schützen. Schweizer Lösungen können als Vorbild dienen und global helfen, wie damals bei der Entwicklung der elektrischen Eisenbahn.

8. Varia

Baumschutz

Auf kantonaler Ebene soll eine Motion eingereicht werden, um Bäume besser zu schützen und vermehrt neu zu pflanzen. In der PBG-Revision wird das Thema Bäume ebenfalls behandelt.

50 Jahre Frauenstimmrecht: Velosternfahrt nach Bern am 13.09.2021